

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 515

Mittwoch, 25. Juli 2012

19. Jahrgang

ACUS: Für soziale, humane und ländliche Transformation

Im April diesen Jahres reiste Wiebke Schramm von der ¡Fijáte!- Redaktion nach Guatemala und traf sich, wie schon vor zwei Jahren, mit Abelardo Roldan Marroquín, dem nationalen Koordinator der BäuerInnenallianz der Zivilgesellschaft (ACUS, siehe ¡Fijáte! 471). Uns interessierte, zu erfahren, ob und wie seine, von vielen kritisierte Strategie – nämlich auf die Verhandlung und Zusammenarbeit mit der Regierung zu setzen in Sachen ländlicher Entwicklung – Früchte getragen hat. Lesen wir, was ACUS zu berichten hat.

Erfolge in den Gemeinden

In den vergangenen zwei Jahren hat ACUS es geschafft, sich weiter zu konsolidieren und ihren „Einfluss und die Anerkennung in den Gemeinden zu verstärken“, erzählt uns Abelardo Marroquín.

„Die Unterstützungen, u. a. aus Deutschland, halfen dabei, die FührerInnen der Gemeinden weiterzubilden und sie so vorzubereiten, dass sie nicht von uns, d.h. von ACUS abhängig sind, sondern ihre eigene Produktion und deren Verkauf selbst regeln können. Natürlich ohne dabei aufzuhören, ein Teil von ACUS zu sein. Das hilft den Gruppen in den Gemeinden ungemein. Und ist für uns bedeutet es, dort willkommen zu sein.“ ACUS unterstützt knapp 200 Gemeinden im ganzen Land - angefangen hatte ACUS ursprünglich mit 12!

„Im Departement Santa Rosa zum Beispiel fingen wir mit zwei Gemeinden an. Wir verteilten Dünger, Werkzeuge und Mais an die Menschen, je nachdem was ein(e) jede(r) brauchte, um sich selbst zu ernähren. Es war nicht viel, aber es ging an alle, während die Regierung nur an die Personen verteilte, die eh schon Geld besitzen. Das schaffte Vertrauen in uns und jetzt gibt es eine Vielzahl von Gemeinden in Santa Rosa, die ACUS beigetreten sind.“

Das Ziel von ACUS ist es, kleine UnternehmerInnen zu schaffen.

„Es gibt zum Beispiel BäuerInnen, die überhaupt nicht düngen und daher kaum etwas ernten. Mit Krediten können wir ihnen Dünger beschaffen und somit ihre Produktion verdoppeln. Damit ist dann einerseits ihre Ernährung abgesichert und auf der anderen Seite kann das überschüssige Geld dazu verwendet werden, die Lebensqualität ihrer Familien zu verbessern.“ Dieser Vergrößerung von ACUS sind allerdings strukturelle und finanzielle Grenzen gesetzt. Die Beratung all dieser Gemeinden kostet Geld:

„Unsere Organisation hat hohe Ausgaben. Allein die Fahrtkosten, um die Gemeinden zu besuchen, belaufen sich auf knapp 200 Quetzales (20 Euro) pro Tag. Oft besuchen wir mehrere Gemeinden innerhalb von drei, vier Tagen, um Benzin zu sparen. Die Folge davon ist, dass ich nicht bei meiner Familie sein kann.“

Deshalb konzentriert sich ACUS mit seiner Arbeit momentan auf eine kleine Gruppe von sieben Gemeinden, um deren Projekte voranzutreiben. Es sind die Gemeinden, die anfänglich ACUS gründeten.

Das Beispiel Los Achiotes im Department Zacapa

„Dort sind mittlerweile die internen Probleme zwischen den Gruppen im Prozess der Auflösung, was ein grosser Erfolg ist.“

Das bedeutet: einige Familien hatten sich dem Projektvorschlag von ACUS angeschlossen und wollten zusammenarbeiten; andere wiederum nicht, was innerhalb der Gemeinde zu Konflikten führte.

Inhaltsverzeichnis

ACUS: Für soziale, humane und ländliche Transformation1

Präsident Otto Pérez Molina: Ein halbes Jahr ist vorbei.....4

Neue Erfolge im Kampf gegen die organisierte Kriminalität.....5

Kurznachrichten.....6

„Inzwischen hat eine Gruppe von 20 Familien mit der Bienenzucht und Honigproduktion begonnen. Eine Gruppe der katholischen Kirche unterstützte sie mit Materialien. Nächsten Monat ist die erste Honigernte. Der Honig dient in erster Linie dem Verkauf. Auch mit Deutschland haben wir Kontakt zwecks der Vermarktung. Diese ganze Arbeit hat dazu verholfen, dass weitere örtliche Gruppen von dem Projekt begeistert sind und teilnehmen möchten.“

Das ist es auch, was ACUS ausmacht und erreichen möchte: ein Beispiel geben, eines was funktioniert und die soziale, ländliche und humane Entwicklung fördert, sowie den Gemeinden zur Unabhängigkeit und Selbstversorgung verhilft...

„und dem die Leute sich anschliessen, weil sie davon überzeugt sind, und nicht, weil man sie dazu verpflichtet.“

Auch im Prozess der Legalisierung von Land gab es Fortschritte. Mittlerweile herrschen mit den Finqueros der Region gute Beziehungen, da es teilweise neue BesitzerInnen sind. Ausserdem „sind wir in Verhandlungen mit dem Landfond. Unter der letzten Regierung verzögerten sich die Verhandlungen bezüglich der Landkonflikte, aber jetzt haben wir ein Abkommen, das Land wurde legalisiert, was eine gute Produktionsbasis schafft.“

Folgen des „Technologischen Kanals“

Und der geplante „Technologische Kanal“, der durch das Departement Zacapa verlaufen soll (vgl. ¡Fijáte! 501 und 502)?

„Hm, da ist bisher nicht viel passiert. Aber wir können uns der Entwicklung des Landes nicht entgegenstellen – solange die Gemeinden dabei gerecht behandelt werden. Und auf unsere Gemeinden wird der 'Kanal' nicht wirklich Auswirkungen haben, da er nicht direkt durch ihre Gebiete verläuft. Es gibt vielmehr ein anderes Problem, und das ist das Projekt, den Bergstock der Granadillas, wo ja Los Achiotos liegt, in eine Naturschutzzone zu verwandeln. Das bedeutet, dass die Familien, die dort schon immer wohnen, ihr Land und ihre Lebensgrundlage verlieren werden. Wir sind nicht gegen das Projekt an sich, aber es sollte nicht so allgemein gehalten werden, sondern mehr differenziert und detailliert angegangen werden – und zusammen mit den Menschen genau die Grenzen festlegen und dabei die Interessen und Rechte der AnwohnerInnen respektieren. Bisher gibt es z.B. nur eine Studie über die Umweltauswirkungen, nicht aber über die Agrarflächen der BäuerInnen.“

Das Projekt, die Granadillas in eine Naturschutzzone zu verwandeln, wird seit einigen Jahren von verschiedenen örtlichen Gruppen, wie dem *Verein zum Schutz des Bergstocks Las Granadillas* (APMG) oder die *Lutheranische Kirche von Guatemala* (ILUGA) und mit Unterstützung vom guatemaltekischen Umweltschutzverein *Madre Selva* verfolgt. Zacapa und die angrenzenden Departements stellen eine jetzt schon sehr heisse und trockene Zone dar. Der Bergstock der Granadillas ist von Abholzung bedroht und damit steht auch zu befürchten, dass eines der wenigen Trinkwasserreservoirs der Region verschwindet. Das würde die Trockenheit und somit die Nahrungsmittelknappheit der Region noch verschärfen. So führten und führen Landkonflikte, wirtschaftliche Interessen, Umweltschutz und einfaches Überleben der Gemeinden immer wieder zu Konflikten zwischen Gemeinden und FincabesitzerInnen, der lokalen Zivilgesellschaft und der Regionalregierung.

Wir werden uns in diesem Artikel mit dem Beispiel der Gemeinde Los Achiotos begnügen, denn die Strategie von ACUS und die wiederkehrende Problematik treten deutlich hervor: die Förderung von kleinen Projekten in den Gemeinden, die die Lebensmittelversorgung der Menschen absichern und eine Verbesserung der Lebensqualität erlauben. In den meisten Fällen ist ein Hauptproblem dabei der legale Zugang zu Land. Oft ist nicht klar, wem es gehört oder wer es verkaufen kann, und es muss verhandelt werden, wie im Fall der Finca Las Nubes in San Juan Zacapa. Mehr als 800 EigentümerInnen soll es geben, von denen einige schon verstorben sind.

„Die muss man nun finden und mit ihnen verhandeln. Das kostet Zeit und Geld. Geld für Anwälte und legale Dokumente. Und das bringen die Gemeinden selbst auf.“

Wenig Hilfe durch Colom und Uneinigkeit in der BäuerInnen-Bewegung

Laut Abelardo Marroquín scheint die Landfrage sich unter der neuen Regierung bisher etwas flexibler zu gestalten als unter der alten, sich selbst „sozialdemokratisch“ nennenden Regierung, wo gar nichts passiert sei.

„Die Klärung der Landfrage und des Zugangs zu Düngemittel hängt von der jetzigen Regierung ab. Bei der letzten Regierung haben wir von ACUS nicht viel erreicht, obwohl wir einige derjenigen waren, die sie unterstützten. Aber im Endeffekt hat die Colom-Regierung uns nicht geholfen. Ausserdem haben uns die anderen BäuerInnenvereinigungen dafür verurteilt. Zum einen ist das die Vereinigung für eine integrale ländliche Entwicklung (Asociación para el Desarrollo Rural Integral, ADRI), zu der auch das Komitee der BäuerInneneinheit (CUC) gehört, was mehr die radikaleren Gruppen sind. Und auf der anderen Seite die Soziale Bewegung Guatemalas (Movimiento Social de Guatemala, MOS-GUA); von der wir ja auch ein Teil waren. Doch auch die haben sich persönlichen und politischen Zielen verschrieben, womit wir nicht einverstanden waren, und deshalb austraten.“

Uneinigkeit zwischen den BäuerInnenvereinigungen ist leider genauso Bestandteil der Konfliktsituation in Guatemala wie die ungelöste Landproblematik. Obwohl sich im Prinzip die Forderungen der verschiedenen Fraktionen ähneln, sind Unstimmigkeiten vorprogrammiert. „Es ist ein geteilter Kampf, der aber in die gleiche Richtung zielt“.

Erfolge bei der neuen Regierung?

„Wir zogen es vor, uns mit dem damaligen Präsidentschaftskandidaten Otto Pérez Molina vor der Stichwahl zu treffen und mit ihm am 20. Oktober 2011 ein Abkommen zu unterschreiben. Nun, da er gewählt wurde, hat es uns die Möglichkeit zu Treffen mit der Regierung, seinen verschiedenen Ministerien und einen gewissen Verhandlungsspielraum eingebracht. Ein wichtiges Thema, in dem wir Erfolg hatten, war, den Düngerpreis von 75 auf 25 Quetzales pro Sack zu drücken. Weiterhin kamen wir mit der Regierung überein, dass es dieses Jahr keine Räumungen in unseren Gemeinden geben wird. Allerdings weiss man nicht, wie es im nächsten Jahr aussehen wird. Deshalb müssen wir die Legalisierungsprozesse dieses Jahr beenden und vor allem unsere Kredite stärken.“

Neben der Klärung des rechtmässigen Landbesitzes und dem Zugang zu Dünger für die Gemeinden, stellt ein wichtiges drittes Thema der Zugang zu Finanzierung dar, was ACUS durch Kredite abzudecken sucht.

„Da haben wir zum Beispiel eine Allianz mit der zentralamerikanischen Firma Disagro, die Dünger verkauft und uns Kredite gewährt. Diese wollen wir im nächsten Jahr vergrössern und auch mit weiteren Unternehmen in Kontakt treten. Nur mit Land und Krediten können wir unsere Projekte der ländlichen Entwicklung vorantreiben und die Produktion garantieren.“

Trotz der Kontakte mit der Regierung bleibt ACUS ihr gegenüber skeptisch, zumindest in einem gewissen Mass:

„Dieses Jahr wird der Annäherung dienen und grössere Konflikte vermeiden. Aber nächstes Jahr... die Regierung muss ja sehen, wie sie ihr Land regiert, und wir wissen auch, dass sie von einer militärischen Linie abstammt und Vertreibungen und Räumungen mit sich bringen wird. Unser Ziel für das nächste Jahr ist es, der Regierung und den Unternehmen zu zeigen, dass wir verantwortungsvoll sind und sozial arbeiten, dass wir nicht die Konfrontation suchen. Nur so werden wir auch nächstes Jahr noch die Unterstützung der Regierung bekommen.“

Auch sind sie sich der Kritiken der anderen Organisationen bewusst.

„Von uns wird schlecht geredet, dass wir Verräter seien. Aber wir sind es nicht, die die Gemeinden verraten. Im Gegenteil, was wir suchen, sind Kompromisse für unsere Landsleute. Und zumindest verhandeln wir öffentlich und offiziell mit der Regierung, während andere es heimlich Tisch tun. Als wir uns am 20. Oktober mit dem Präsidenten trafen, sass im Nebenraum das ganze Team von ADRI, um ebenfalls ein Abkommen abzuschliessen, im Geheimen. Mehr oder weniger forderten sie das gleiche wie wir. Allerdings bringt es ihnen nichts, da es keine öffentlichen Abkommen sind und somit keinerlei Garantie besteht, dass sie eingehalten werden. Ausserdem bekamen sie Posten in der Regierung. So was wollten wir nicht und baten auch nicht darum, das ist nicht unser Ding.“

ACUS verhandelt mit Mayaniquel

Ein weiterer Unterschied von ACUS zu anderen Organisationen ist die Strategie, mit den Betreiberunternehmen von verschiedenen Projekten, die Konfliktpotenzial tragen, in direkten Kontakt zu treten. Abelardo Marroquín nannte uns das Beispiel des Unternehmens *Mayaniquel* in El Estor, Department Izabal. In dem Gebiet existiert neben der Nickelmine von *Mayaniquel* eine weitere, durch negative Schlagzeilen bekannt gewordene Nickelmine: das Projekt Fenix der kanadischen *Hudbay* mit Tochterfirma *Compania Guatemalteca de Niquel* (CGN), ehemals Eigentum von *Skye Resources* und 2011 an die russische *Solway Investment Group* verkauft. Im Jahr 2007 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen und seitdem immer wieder zu tödlichen Zwischenfällen. Grund dafür sind die Streitigkeiten zwischen AnwohnerInnen und Firmen, da, um den Nickelabbau beginnen zu können, die ansässigen Gemeinden ihr Land verlassen müssen.

„Vor zwei Jahren sprachen wir mit Mayaniquel. Damals wollten sie die Gemeinden nicht unterstützen. Mittlerweile kamen wir zu einem Kompromiss: man wird den betroffenen Familien in einem anderen Gebiet Wohnraum anbieten, der besser ist als ihre jetzigen Behausungen. Es werde Miete für die zum Mineralabbau genutzten Terrains gezahlt, egal ob die Gemeinden legal anerkannte Eigentümer sind oder nicht. Und das Land wird nach Abzug der Firma in einem Zustand zurückgelassen, der eine Wiederaufnahme der Landwirtschaft garantiert. Nächstes Jahr werden die Familien umziehen. In sechs Jahren soll mit dem Abbau angefangen werden und drei Jahre andauern.“

In Anbetracht der regionalen Vorgeschichte und anderer Beispiele (Marlin in San Marcos), ist es an den Gemeinden, selbst zu entscheiden, ob dies eine akzeptable Strategie ist und in wieweit man der Firma Glauben schenken darf.

Konkrete Projekte

Trotz einer wirtschaftlich schwierigen Situation arbeitet ACUS, neben seinen sieben Stammgemeinden, an weiteren Ideen. Eine ist die Schaffung von Bewusstsein bei den GemeindeführerInnen darüber, sich nicht von Unternehmen oder PolitikerInnen kaufen zu lassen. Des Weiteren konzentriert sich ACUS auf die Selbstversorgung der Gemeinden. Auch in Guatemala ist man sich im Klaren darüber, dass allgemein aufgrund der so genannten Europakrise, weniger Unterstützung aus diesem Erdteil zu erwarten ist. Umso wichtiger ist es, unabhängig zu bleiben bzw. zu werden und z.B. anhand von Direktvermarktung in den Gemeinden die Geldreserven aufzustocken. Ein anderes Projekt ist eine mobile medizinische Einheit zu schaffen, die direkt in die Gemeinden gehen und dort die Menschen behandeln kann.

Probleme

Hier ist in erster Linie die finanziell schlechte Situation zu nennen. Weiterhin fehlen auch immer noch ein oder zwei Lastwagen, um die eigene Produktion der Gemeinden zu transportieren, um nicht durch die hohen Preise der Transportunternehmen Einbussen zu erleiden. Wie auch schon vor zwei Jahren limitieren technische Probleme mit dem Auto die Arbeit vom ACUS-Koordinator; jetzt z.B. muss er auf die Reparatur seines alten Autos warten und kann somit nicht in die Gemeinden fahren. Für Abelardo Marroquín ist es eine Herausforderung, politische Arbeit zu leisten, gleichzeitig mit den Konflikten und Interessen anderer Organisationen konfrontiert zu sein und die Organisation von ACUS zu übernehmen. Er erzählt, dass er kaum Personen um sich hat, denen er wirklich vertrauen kann, „die keine Infos verkaufen, wie es meine ehemalige Sekretärin tat.“ Das Problem liegt dabei weniger in den Gemeinden, denn „dort arbeiten die Menschen hart und sind vertrauenswürdig. Aber in der Hauptstadt, wo das Büro ihren Sitz hat, da ist es anders. Was ich auch mit der Regierung berede, das weiss sofort auch jede andere Organisation.“ Auch klagt er über wiederholte Verleumdungen, mit den Narcos, den Drogenhändlern, in Verbindung zu stehen, da ACUS noch immer existiere, obwohl die Allianz ja eigentlich über kein Geld verfüge. Er sagt, dass man ihn ausspioniere, um zu wissen, mit wem er Verträge eingehe, wo er sein Geld her beziehe, etc. „Das alles belastet meine Gesundheit. Ich leide unter Magenproblemen, Müdigkeit und Überarbeitung.“

Präsident Otto Pérez Molina: Ein halbes Jahr ist vorbei...

Guatemala Stadt, 14. Juli 2012 Anlässlich der ersten 180 Tage seiner Amtszeit luden Präsident Otto Pérez Molina und Vizepräsidentin Roxana Baldetti ihre Minister und Staatssekretäre auf seine Finca in Escuintla um auf die bisherige Amtszeit zurückzuschauen, vor allem aber um die weitere Arbeit vorzubereiten. Ihre eigene Bilanz fiel nach Angaben der Zeitung *El Periódico* durchwachsen aus: die Operationalisierung der Regierungsarbeit sei schwierig geworden, da viele Nicht-Regierungsorganisationen aufgrund von Gesetzen als ausführende Institutionen für lokale und regionale Projekte ausgefallen seien und überhaupt viele neue MitarbeiterInnen einzuarbeiten seien. Die Haushaltsplanung sei schwierig, da etwa für eines der ambitioniertesten Projekte seiner Regierung, das Programm „Hambre Cero“ (Frei übersetzt: Kein Hunger mehr), Mittel in verschiedenen Ministerien zu finden seien. Diese müssten geordnet werden, um dem Ziel gerecht zu werden, sagte der Präsident. Vizepräsidentin Roxana Baldetti zog Bilanz des ersten halben Jahres Amtszeit, indem sie sagte, dass es illusorisch sei zu glauben, alles wäre perfekt gelaufen: Die Ministerien müssten die drei Pakte zu den Themen Hunger, Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden sowie Konkurrenzfähigkeit und Beschäftigung administrativ anpacken. Im Zusammenhang mit „Hambre Cero“ verweist sie auf die rechtzeitige Verteilung von Saatgut und Nahrungsmittelhilfen. In den 880 Gemeinden wurden 1.800 Kinder erreicht; nur 44 mussten in Zentren für Unterernährung überstellt werden.

Sandino Asturias zur Sicherheitspolitik

Eines der wichtigsten Wahlkampfversprechen von Pérez Molina war die Durchsetzung der Sicherheit der BürgerInnen „mit harter Hand“: Analyst Sandino Asturias setzte sich mit dieser komplexen Frage wie folgt auseinander: „Es hat nicht viele Veränderungen in der Sicherheitspolitik gegeben, es gibt auch keine Indikatoren, die eine Veränderung anzeigen“, sagt Asturias. Er hält die Förderung der Institutionen der Sicherheit und der polizeilichen Ermittlungen für die größten Herausforderung der Exekutive. Zur Bilanz der bisherigen diesbezüglichen Politik ist der Analyst des Zentrums für Studien zu Guatemala (CEG) der Ansicht, dass die berichteten Rückgänge bei der Zahl der Morde der vorherigen Regierung angerechnet werden müsse, eine Konsequenz aus der guten Koordination zwischen der Nationalen Zivilen Polizei (PNC) und der Staatsanwaltschaft (MP), die es ermöglicht habe, einen guten Teil der Struktur der Erpresser- und Killerbanden zu zerschlagen (siehe auch einige der Meldungen weiter unten). „Dass generell die Rechtsstaatlichkeit und Verfassungstreue respektiert wird sollten wir nicht nur anerkennen, sondern als eine notwendige Herausforderung annehmen“, sagte Asturias. Die Regierungsfähigkeit in einem demokratischen Staat sei die Grundlage, die das Land benötige in der weiteren Zeit der Regierung. Gleichwohl kritisiert der Analyst die Antwort der Sicherheitskräfte auf die sozialen Konflikte, wie sie etwa in Santra Cruz Barillas, Huehuetenango zu erleben waren und in der kürzlichen Revolte der Studenten gegen die Studienreformen. Im ersten Fall sei es das erste Mal gewesen, dass ein sozialer Konflikt durch die Verhängung eines Ausnahmezustandes bearbeitet worden sei, einer Militarisierung als Antwort des Staates, selbst wenn diese nur 18 Tage andauerte. Im zweiten Fall habe die Regierung nicht gewusst, was sie kommunizieren solle und die Antworten hätten die Unfähigkeit gezeigt, mit den sozialen Sektoren zu verbindlichen Verhandlungsergebnissen zu kommen. Die Regierung müsse seine Struktur so ändern, dass sie sich zu einem Vermittler wandle und Prozesse entwickle, die einen Konsens beförderten und so den Konflikt zu bearbeiten.

Ricardo Barrientos zur Steuerpolitik

Ricardo Barrientos, Mitarbeiter des Zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien, erklärte, dass „es mehr als gerechtfertigt sei, die aktuelle Regierung darin anzuerkennen, mit der Annahme des Steuergesetze endlich das umgesetzt zu haben, was zuvor so lange diskutiert worden sei. Damit sei durch lange Verhandlungen ein Meilenstein in der demokratischen Epoche Guatemalas gesetzt worden. Allerdings glaubt Barrientos, dass es dennoch notwendig sei, den Gesetzesansatz zu überarbeiten, insbesondere bezüglich der Transparenz und der Korruptionsbekämpfung, denn seit den ersten Tagen der Regierungsübernahme hätten sich bereits ernsthafte Probleme in dem Ministerium für Öffentliche Gesundheit und Soziale Hilfe sowie das Ministerium für Landwirtschaft, Viehwirtschaft und Ernährung gezeigt.

Neue Erfolge im Kampf gegen die organisierte Kriminalität

Bereits in den letzten Ausgaben des ¡Fijate! hatten wir über Erfolge der Justiz berichtet. Erfreulicherweise brechen die diesbezüglichen Meldungen nicht ab.

Fall 1: Prozesseröffnung gegen Mitglieder einer Räuberbande: wenige Tage nach der Tat

Aufgrund von gesicherten Beweisen, u.a. abgehörten Telefonaten konnte die Strafkammer unter Leitung der Richterin Carol Patricia Flores am 12. Juli 2012 den Prozess gegen drei Mitglieder einer Bande eröffnen, die sich auf den Raub von Menschen spezialisiert hatte, die gerade größere Mengen an Geld am Bankautomaten abgehoben hatten. Es handelt sich um Aramis Sergio Velázquez, Ángel Aníbal De León Ortigoza und Javier González González, alias el Nica. Der Staatsanwalt präsentierte am ersten Verhandlungstag elf Telefonate, in denen detailliert ausgeführt wurde, wie die Räuber ihre Opfer ausspähen, die notwendige Logistik organisierten, um dann den Personen das Geld zu rauben. So konnte die Staatsanwaltschaft den Angeklagten 10 Raubfälle zwischen dem 29. Juni und 10. Juli dieses Jahres zuordnen, bei denen zwischen 3.000 und 100.000 Quetzales (300 bis 10.000 €) erbeutet wurden. Die Bande operiere sowohl in der Hauptstadt als auch in Mixco, Amatitlán, Escuintla und Mazatenango. Die Staatsanwaltschaft präsentierte auch die Zeugenaussage zweier Opfer, die die Angeklagten wiedererkannten. Aktuell wird versucht, den Gesamtschaden der Banden zu beziffern.

Fall 2: Verhaftung einer Gruppe von Sicherheitsleuten in Ciudad Quetzal

In einer koordinierten Operation, an der die Zivile Nationalpolizei, die Staatsanwaltschaft und das Heer beteiligt waren, wurden in Ciudad Quetzal, San Juan Sacatepéquez 27 Mitglieder einer Gruppe von Sicherheitsleuten festgenommen, denen Bedrohung und Erpressung sowie wenigstens drei Entführungen und zwei Morden vorgeworfen werden. Sie haben auch die Autos eingeklinkt und Geld gefordert. Gleichzeitig gaben sie sich als Sicherheitskräfte der BürgerInnen aus.

Fall 3: Hohe Haftstrafen für Mitglieder der Zeta

Siebzehn Mitglieder der Zeta aus dem Umfeld des Drogenbosses Walter Overdick alias El Tigre sind Mitte Juli zu Haftstrafen zwischen acht und 83 Jahren verurteilt worden. Sie waren im Jahre 2010 auf der finca Santa Marta, Ixcán, Quiché verhaftet worden. Nach der Entscheidung des Gerichtes war die finca das Operationszentrum für den Handel mit Waffen, Geldwäsche und Übungsort für die Zetas der Region. Verurteilt wurden die Angeklagten u.a. wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, unerlaubtem Waffenbesitz, der Konspiration zur Begehung von drei Morden und Geldwäsche. Óscar Tiul, bekannt als Comandante Cherry, und Sebastián Choc Cac, alias Comandante Machucazo, wurden zu 83 Jahren Haft verurteilt. Der Sohn des Tigers, Kevin Overdick, erhielt 31 Jahre Haft (siehe ¡Fijate! 508).

Fall 4: Zerschlagung von 54 kriminellen Banden

Nach Statistiken der Zivile Nationalpolizei seien von Januar bis Juli mit Unterstützung von MP und CICIG 215 Kriminelle verhaftet hätten, die zu 33 Banden gehörten. Offenbar noch nicht in dieser Statistik berücksichtigt sind weitere 111 Festnahmen von Personen, die 21 Banden angehören – so berichtet El Periódico am 14. Juli 2012. Zu den Delikten, die den Verhafteten vorgeworfen werden, gehören Menschenhandel, Raub, Entführungen, Vergewaltigungen, Erpressung und Mord. Nach Angaben der Obersten Staatsanwältin Claudia Paz y Paz arbeiteten die Banden in klar umgrenzten Territorien, was es den Ermittlern ermögliche, all jene zu identifizieren, die an der Bande partizipieren. Allerdings sei die Bande mit der Verhaftung ihrer Köpfe noch nicht zerschlagen, denn vielfach würden die Instruktionen vom Gefängnis heraus über Familienangehörige oder andere Besucher nach draußen getragen. Als neue Ermittlungsmethode wurde genannt, dass Fälle nicht mehr einzeln, sondern im Verbund bearbeitet und den kriminellen Strukturen zugeordnet werden. Am 13. Juli wurden insgesamt 104 Hausdurchsuchungen vorgenommen und 27 Mitglieder der maras Salvatrucha und 18 festgenommen, darunter Marcelino Alfredo Jesús Tzoy, alias “el Pensador”.

Aber: Mörder Gerardis vorzeitig entlassen

Unbehagen und Unverständnis löste allerdings die Freilassung von Byron Disrael Lima Estrada, der wegen der Beteiligung am Mord an Bischof Juan Gerardi zu 20 Jahren Haft verurteilt worden war. Lima Estrada war seit 2008 nach einem Herzinfarkt im Militärhospital untergebracht. Das Menschenrechtsbüro des Erzbistums (ODHA) kritisierte die Freilassung. Nery Rodanas sagte jedoch zugleich, dass man dagegen nichts mehr tun könne, zumal auch die Staatsanwaltschaft keine Berufung eingelegt habe, da alle gesetzlichen Bestimmungen eingehalten worden seien.

Kurznachrichten

Neue Aufgabe für Alvaro Ramazzini

Alvaro Ramazzini wechselt vom Bistum San Marcos zu dem in Huehuetenango. Der Bischof, der bekannt geworden ist als jemand, der bei Landkonflikten oder im Kampf gegen Minen stets an der Seite der campesinos steht. Er hat die Landpastoral gegründet, die an der Seite der Landarbeiter und Kleinbauern im Dialog mit staatlichen oder privaten Stellen für die Rechte der einfachen Leute eintritt. Auch sein Engagement gegen die Mine Marlin ist über die Grenzen Guatemalas hinaus bekannt geworden. Nun übernimmt er mit Huehuetenango eine größere Diözese, aber mit ähnlichen Problemen, wie die Ereignisse in Barillas gezeigt haben.

Gegen Militärpräsenz im Ixcán

Die Gemeinde Cuarto Pueblo im Bezirk Playa Grande/Ixcán, Quiché machte die Präsenz von 30 Soldaten in ihrem Gebiet öffentlich und protestierte dagegen. Anselmo Roldán von der Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte im Gebiet Ixcán (ADDAHI), sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Cerigua, dass die Soldaten in den Schulen aufgetaucht wären, ohne um Erlaubnis zu fragen oder die Schulstunden zu respektieren. Eine Dorfversammlung beschloss, dass die Soldaten in ihrem Dorf unerwünscht seien und zu gehen hätten. Sie forderten Präsident Pérez Molina, den sofortigen Abzug der Soldaten anzuordnen und den Beschluss der Bewohner, eine Militärpräsenz nicht zu dulden, zu respektieren. Zugleich bat ADDAHI das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH), die Hintergründe der Präsenz zu untersuchen. Nationale und internationale soziale Bewegungen wurden um Solidarität im Kampf gegen die Militärpräsenz ersucht. Der Ixcán gehört zu einer der Regionen Guatemalas, die während des Bürgerkrieges am schlimmsten von den Massakern des guatemalteckischen Heers betroffen worden sind. Viele Dörfer dort sind Gemeinden von zurückkehrenden Flüchtlingen.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6